

Auch der Kandidat Obamas und die Kandidatin McCain's für die Vizepräsidentschaft sind im politischen Spektrum der USA ganz weit rechts anzusiedeln.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 162/08 – 08.09.08**

Herr Biden und Frau Palin aus der Sicht zweier US-Autoren

World Socialist Web Site, 26.08., 04.09. und 06.09.08

Auf der deutschsprachigen World Socialist Web Site [und auf der originalen World Socialist Web Site in Englisch] sind mehrere Artikel zu dem Herrn und der Dame erschienen, die von den Demokraten und den Republikanern als Kandidat/in für die US-Vizepräsidentschaft nominiert wurden. Wir drucken drei in Auszügen ab, empfehlen unseren Lesern aber, unter den angegebenen Links die kompletten Texte nachzulesen.

Obama entscheidet sich für Biden - zur Beschwichtigung der Herrschenden

Von Patrick Martin

26. August 2008, aus dem Englischen (25. August 2008)

(<http://www.wsws.org/de/2008/aug2008/bide-a26.shtml>)

[In English <http://www.wsws.org/articles/2008/aug2008/bide-a25.shtml>]

Die Demokratische Partei hat Senator Joseph Biden zu ihrem Vizepräsidentschaftskandidaten erkoren. Diese Entscheidung unterstreicht den betrügerischen Charakter der Demokratischen Vorwahlen und den Mangel an Demokratie im gesamten Zwei-Parteien-Wahlsystem. Der Demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama, der angeblich den "Wandel" personifizieren soll, hat eine feste Größe des Washingtoner Establishments zu seinem Vize gewählt. Biden sitzt seit sechs Wahlperioden im US-Senat und hat sich als Verteidiger des amerikanischen Imperialismus und der Wirtschaftsinteressen bestens bewährt. ...

Früher war die Auswahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten bei beiden großen Wirtschaftsparteien ein komplexer Balanceakt zwischen diversen institutionellen Kräften. Die Demokratische Partei musste sich mit Gewerkschaftsvertretern, Bürgerrechtsorganisationen, Kongressführern und den Spitzen besonders mächtiger Parteimaschinen auf Staats- oder Stadtebene beraten.

Heute hat keine der beiden Parteien noch eine breite Basis in der Bevölkerung. Beide Parteien haben nur noch eine wirklich wichtige "Basis": die Finanzaristokratie, die das wirtschaftliche und politische Leben bestimmt und die Massenmedien kontrolliert, und deren Interessen Innen- und Außenpolitik der Regierung bestimmen. Die Auswahl Bidens, eines Senators aus einem kleinen Staat, der nur über drei Wahlmänner verfügt und dessen eigene Präsidentschaftsbewerbung wegen mangelnder Unterstützung in der Bevölkerung jämmerlich scheiterte, unterstreicht die enorme Kluft, die das gesamte politische Establishment von der breiten Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung trennt. ...

Mann des Establishments

... In den 1990er Jahren unter Präsident Bill Clinton war Biden einer der hauptsächlichen Befürworter der amerikanischen Intervention im ehemaligen Jugoslawien. In seiner Wahl-

kampfbioographie vom vergangenen Jahr schrieb er, dass er auf diesen außenpolitischen Standpunkt am meisten stolz sei. Mitte der 1990er Jahre setzte er sich dafür ein, die bosnisch-muslimische Regierung gegen Serbien zu bewaffnen, und forderte dann während der Kosovo-Krise 1999 einen direkten Angriff der USA auf Serbien. Er tat sich mit einem gewissen republikanischen Senator zusammen, der die gleiche Meinung vertrat, und brachte die McCain-Biden-Resolution ein, die Clinton autorisierte, jede notwendige Gewalt "gegen Serbien" anzuwenden.

Dieser Gesetzentwurf war das Modell für die Kongressresolution von 2002, die Bush ermächtigte, gegen den Irak Krieg zu führen. Sie wurde gemeinsam von Biden und dem Republikanischen Senator Richard Lugar eingebracht. Die Bush-Regierung lehnte die Resolution ab, weil sie das Kriegsziel darauf beschränkte, den Irak frei von Massenvernichtungswaffen zu machen, und verlangte von der Demokratischen Senatsmehrheit eine weitergehende Kriegsresolution, für die Biden dann auch stimmte.

Innenpolitisch ist Biden ein konventioneller Liberaler, dessen Wurzeln auf die Kalte-Kriegs-Ära zurückgehen. Er verbindet gelegentliche populistische Beruhigungsspielen wie die Sorge für die Armen und Vergessenen mit engen Beziehungen zur Gewerkschaftsbürokratie und selbstverständlicher Verteidigung des Profitsystems. Wie alle anderen Senatoren sorgt er für die Interessen großer Konzerne in seinem Heimatstaat. Das war in Delaware vor allem die MBNA, die größte unabhängige Kreditkartenfirma, bevor sie 2005 von der Bank of America aufgekauft wurde. ...

Angestellte von MBNA waren in den letzten zwei Jahrzehnten die größten Spender für Bidens Wahlkämpfe. 2003 stellte MBNA den Sohn des Senators, Hunter Biden, direkt nach seinem Jurastudium ein, und machte ihn in kürzester Zeit zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. (Sein Vater ist im Vergleich zu den meisten US-Senatoren nicht wirklich reich, aber Hunter Biden ist inzwischen zu einem Hedge-Fond-Multimillionär aufgestiegen).

Biden hat sich gelegentlich etwas liberaler als Obama positioniert. Erst kürzlich stimmte er gegen das Gesetz, das die massive Ausweitung der staatlichen Telefon- und Email-Überwachung billigte und den Telekommunikationsunternehmen Immunität zusicherte, die an solchen illegalen Überwachungsmaßnahmen der letzten sieben Jahre beteiligt waren. Obama hat dieses Gesetz unterstützt. Aber Biden ist ein glühender Anhänger des USA Patriot Act, den er während des Demokratischen Vorwahlkampfes gegen die Kritik einiger seiner Gegner verteidigte.

Biden und der Irakkrieg

Senator Obama gewann die Demokratischen Vorwahlen gegen Hillary Clinton zu einem guten Teil, weil Clinton im Oktober 2002 für den Irakkrieg gestimmt hatte, während Obama, der damals noch nicht im US-Senat saß, sich verbal gegen den Krieg ausgesprochen hatte. Dieser Unterschied in der politischen Biographie wurde vom Obama-Lager ausgenutzt, um die Antikriegsstimmung für den Kandidaten nutzbar zu machen, obwohl sich Obamas Bilanz seit seiner Wahl in den US-Senat im Januar 2005 in nichts von der Clintons unterschied.

Bidens Haltung zum Irakkrieg ist ein besonders krasses Beispiel für den Zynismus der Obama-Kampagne. Früher als die meisten anderen Demokratischen Senatoren hat er den Krieg gegen den Irak enthusiastisch befürwortet. Er trat für eine drastische Ausweitung der Gewalt ein, um den Krieg zu gewinnen. Er plädierte für die Entsendung von 100.000 zusätzlichen Soldaten und für die Zerschlagung des Irak in drei Teile, einen kurdischen,

einen sunnitischen und einen schiitischen, weil diese dann - wie zuvor schon Jugoslawien - leichter zu kontrollieren seien.

In der Vorbereitung der unprovokierten amerikanischen Aggression im März 2003 plapper-te Biden die Propaganda der Bush-Regierung nach. Bei der Anhörung im außenpoliti-schen Senatsausschuss unmittelbar nach Außenminister Colin Powells Auftritt vor dem Si-cherheitsrat der Vereinten Nationen im Februar 2003 flötete Biden: "Ich bin stolz, auf Ihrer Seite zu stehen. Ich glaube, Sie haben das wegen Ihres Rangs, ihres Ansehens und ihrer Integrität besser gemacht, als irgendjemand anderes das hätte machen können..." Jedes wichtige Detail in Powells Präsentation wurde später als gefälscht oder unzutreffend ent-larvt.

Als die Lügen der Bush-Regierung über Massenvernichtungswaffen und irakische Verbin-dungen zu al-Qaida und zu den Attentätern vom 11. September entlarvt wurden, begann sich Biden kritisch zur Bush-Regierung zu äußern. Er warf ihr Unfähigkeit vor, eine ausrei-chende Rechtfertigung für den Krieg zu finden, mit der die Unterstützung der Öffentlichkeit hätte gerettet werden können.

In einer Rede vor dem Brookings-Institute im Juni 2005 erklärte er: "Ich will, dass der Prä-sident der Vereinigten Staaten im Irak erfolgreich ist... Sein Erfolg ist der Erfolg Amerikas, und seine Niederlage ist die Niederlage Amerikas."

Biden äußerte sich kritisch über die optimistischen Voraussagen des Weißen Hauses und des Pentagons zum angeblich kurz bevorstehenden Erfolg im Irak, die mit der Realität vor Ort nichts zu tun hatten. "Dieser Widerspruch nährt den Zynismus, der die wichtigste Waf-fe unterminiert, die wir unseren Truppen an die Hand geben müssen, damit sie ihren Job tun können, und das ist die feste Unterstützung der amerikanischen Bevölkerung. Diese Unterstützung schwindet."

Erst als sich die öffentliche Meinung entschieden gegen den Krieg wandte, ließ Biden von seiner Forderung nach einer Eskalation ab und begann einen begrenzten Rückzug der US-Truppen zu fordern. Eine Kolumne der Washington Post stellte Ende 2005 fest, dass sich die Ansichten des langjährigen Senators aus Delaware und die des neu gewählten Senators aus Illinois, Barack Obama, annäherten. In dieser Kolumne wurde Biden als ein "früher und konsequenter Anhänger der amerikanischen Intervention gegen Saddam Hus-sein" bezeichnet.

Als die Demokraten die Mehrheit im Kongress zurück gewannen, wurde Biden Vorsitzen-der des außenpolitischen Ausschusses des Senats, wo er eine zentrale Rolle bei der Kapi-tulation der Kongress-Demokraten vor Bushs "Surge"-Strategie im Irak spielte. Millionen von Kriegsgegnern hatten für die Demokraten gestimmt, um den Krieg zu beenden, aber das Weiße Haus weitete den Krieg aus, und die Demokraten kläfften lediglich ein wenig herum und gaben dann klein bei.

Die Demokratische Mehrheit im Kongress steckte eingeschüchtert zurück, als Bush sein Veto gegen bescheidene Beschränkungen der Kriegsführung einlegte, und stimmte im Mai 2007 ohne Einschränkung der Finanzierung der Kriege im Irak und in Afghanistan zu. Als einige Demokratische Senatoren, zu denen Clinton und Obama gehörten, in einer Protest-geste gegen das Finanzierungsgesetz stimmten, kritisierte Biden sie, weil sie die Sicher-heit der Truppen gefährdeten.

Zwei Wochen nach dieser entscheidenden Abstimmung verurteilte Biden Anti-Kriegs-Kriti-ker der Demokratischen Kongressmehrheit. Er lamentierte: "Wir arbeiten uns jeden einzel-

nen Tag den Rücken krumm", um den Krieg zu beenden. Der Krieg könne nicht beendet werden, ohne dass eine namhafte Zahl von Republikanischen Senatoren überliefe, sodass es zu einer Zweidrittelmehrheit reiche, um ein Veto Bushs auszuhebeln. Oder es müsse ein Demokratischer Präsident im Weißen Haus sitzen. "Wir werden das Geld für die Sicherheit der Truppen bereitstellen, bis wir 67 Stimmen zusammenbekommen", erklärte er.

Inzwischen hatten die Demokratischen Vorwahlen begonnen, und obwohl Biden wenig Unterstützung und keine Delegierten erhielt, spielte er eine wichtige politische Rolle. Die World Socialist Web Site erklärte damals nach einer Debatte der Kandidaten im August 2007: "Biden ist der Demokratische Präsidentschaftskandidat, der am ehesten bereit ist, sich öffentlich gegen die Antikriegsstimmung zu stellen."

In der Debatte griff Biden die Vorstellung an, dass die US-Regierung durch die Drohung mit einem schnellen Abzug die irakischen Politiker zwingen könne, eine stabile Regierung in Bagdad zu bilden. Er wies die Illusion zurück, "dass es möglich wäre, die Irakis in absehbarer Zukunft dazu zu bringen, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die das Land zusammenhält. Das wird nicht geschehen... Das wird niemand hier mehr erleben." Mit anderen Worten, die US-Besatzung werde zeitlich unbegrenzt andauern müssen.

Es hat in den letzten Tagen zahllose Spekulationen bei Vertretern der Demokraten und in den Medien gegeben, dass Bidens Wahl angesichts seines Rufs als verbaler Scharfmacher das Signal für einen aggressiveren Ton gegen die Republikaner in Obamas Wahlkampf sein könnte. Aber bei seiner Bilanz ist es fast wahrscheinlicher, dass er als Waffe gegen Anti-Kriegs-Kritiker des Wahlkampfes von Obama eingesetzt wird. ...

Mit Palins Ernennung beugt sich McCain der extremen Rechten

Von Patrick Martin

4. September 2008, aus dem Englischen (1. September 2008)

(<http://www.wsws.org/de/2008/sep2008/pali-s04.shtml>)

[In English <http://www.wsws.org/articles/2008/sep2008/pali-s01.shtml>]

Der Nationale Parteitag der Republikaner wurde am Montag in St. Paul, Minnesota, mit einer abgekürzten Sitzung eröffnet. Alle Zeremonien und Reden wurden wegen Hurrikan Gustav gestrichen, der am gleichen Tag in Louisiana auf Land treffen sollte. ...

McCain und seine Kandidatin für den Posten des Vizepräsidenten, die Gouverneurin von Alaska, Sarah Palin, reisten am Sonntag nach Jackson, Mississippi, um vor laufenden Kameras ihre Anteilnahme zu bekunden. Sie besuchten das Katastrophenkoordinationszentrum des Staates und sprachen mit Helfern, die die Stadt auf Gustav vorbereiteten. Danach nahmen sie den Wahlkampf wieder auf.

Der Parteitag beginnt unter dem Eindruck der Entscheidung McCains für Palin als seine Vizepräsidentenskandidatin. Mit dieser Wahl hat er zahlreiche etablierte Kandidaten in der Republikanischen Partei für diesen Posten übergangen und eine 44-jährige Frau ausgewählt, die noch vor zwanzig Monaten Teilzeitbürgermeisterin von Wasilla, Alaska, war, einem ländlichen Vorort von Anchorage, wo sie mit Kleinkriminalität und der Austragung von Schlittenhunderennen zu tun hatte.

Palins Nominierung wurde von der extremen Rechten und von christlich-fundamentalistischen Elementen begeistert begrüßt. Letztere geben unter Republikanischen Parteiaktivisten seit langem den Ton an und wussten bisher mit McCains Wahlkampagne nicht viel an-

zufangen. Die Gouverneurin von Alaska ist eine evangelikale Protestantin, die gegen das Recht auf Abtreibung kämpft, selbst wenn es um Vergewaltigungs- oder Inzestopfer geht und wenn Gefahr für Leib und Leben der Mutter droht. Sie lehnt gleichgeschlechtliche Ehen und selbst ein Besuchsrecht homosexueller Eltern im Krankheitsfall ab und setzt sich für das Unterrichten der Schöpfungslehre an öffentlichen Schulen ein.

Besonders negativ an ihrer bisherigen Bilanz - die von den nationalen Medien bisher kaum in Augenschein genommen wurde - ist ihre Rolle bei der Präsidentschaftswahl von 2000, als sie den ultrarechten und antisemitischen Patrick Buchanan gegen die beiden führenden Republikanischen Bewerber George W. Bush und John McCain unterstützte.

Diese Auswahl enthüllt wieder einmal das schmutzige Geheimnis der amerikanischen Politik: So üben halbfaschistische Kräfte in der Republikanischen Partei schon fast ein Veto-recht aus. Die New York Times berichtete am Sonntag auf der Grundlage von Interviews mit mehreren hohen Beratern McCains, dass dieser sich quasi schon für Senator Joseph Lieberman entschieden hatte, den Vizepräsidentschaftsbewerber der Demokraten von 2000. Auf der gemeinsamen Grundlage einer bedingungslosen Unterstützung für den Irak-krieg war eine Partei-übergreifende Liste geplant.

Hohe Berater informierten ihn - angeblich aufgrund von Warnungen mehrerer einflussreicher Vorsitzender von Parteiorganisationen in Bundesstaaten - dass es Proteste seitens der Delegierten geben werde, wenn er einen Vize erwählen sollte, der das Recht auf Abtreibung unterstützt. Das aber tun z. B. Lieberman oder der ehemalige Gouverneur von Pennsylvania, Tom Ridge, ein Republikaner.

McCain traf seine Entscheidung, nachdem sein Demokratischer Gegenspieler Barack Obama am 23. August Senator Joseph Biden aus Delaware ausgewählt und Hillary Clinton übergangen hatte. Am nächsten Tag rief er Palin an und lud sie für Donnerstag auf seinen Landsitz in Arizona ein, wo er ihr den zweiten Platz auf der Republikanischen Liste anbot.

Ein starkes Element von Leichtsinn und Verantwortungslosigkeit ist in McCains Auswahl nicht zu übersehen. Er hat eine Person ausgewählt, die nicht über die geringste nationale oder internationale Erfahrung verfügt, und die weder ihm selbst, noch der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt ist.

Ehe er sie letzte Woche anrief, hat McCain nur ein einziges Mal, bei einer Konferenz im Februar in Washington, fünfzehn Minuten lang mit ihr gesprochen. Sein Zusammentreffen mit ihr am Donnerstag, als er ihr die zweithöchste Position in der amerikanischen Regierung anbot, dauerte nicht länger als zwei Stunden. So kam es, dass die Presse berichtete, ihr erster gemeinsamer sechsstündiger Wahlkampfeinsatz, der sie in einem Bus von Dayton über Columbus bis in die Vorstädte von Pittsburgh führte, habe die Zeit glatt verdoppelt, die sie bis dahin miteinander verbracht hatten.

Diese Entscheidung war so unerwartet und wurde so geheim gehalten, dass es bei ihren ersten gemeinsamen Kundgebungen noch nicht einmal gedruckte McCain-Palin Schilder gab, sodass die Zuhörer gezwungen waren, Schilder zu schwenken, auf denen nur McCains Name oder sein Slogan "Das Land zuerst" stand. ...

Von einigen Medienkommentatoren wurde die Auswahl Palins als Akt der politischen Verzweiflung hingestellt, als Zeichen dafür, dass das McCain-Lager die Wahl am 4. November für nicht mehr gewinnbar hält, ohne zu solchen politischen Abenteuern zu greifen. Aber seine Auswahl hat noch eine andere Seite. McCains Entscheidung für Palin hievt eine poli-

tische Null auf die Position, die potentiell das Amt des Präsidenten übernehmen muss. Das bringt zum Ausdruck, dass Präsident und Vizepräsident letztlich Galionsfiguren der Staatsmaschinerie sind.

Wenn McCain-Palin die Wahl gewinnen würden und der neue Präsident, der dann schon 72 Jahre alt und krebskrank ist, seine Amtszeit nicht überleben sollte, dann würden das Pentagon, CIA, NSA, FBI und alle anderen Sicherheitsorgane des amerikanischen Staates weiter funktionieren und ihr Programm imperialistischer Kriege und innenpolitischer Unterdrückung unter einer Präsidentin Palin weiter durchziehen. Schließlich haben sie ihre schmutzige Arbeit auch acht Jahre lang unter einem Präsidenten George W. Bush fortgesetzt, der im konventionellen Sinn genauso "unqualifiziert" war wie Palin.

Die wirkliche Regierung der Vereinigten Staaten wird nicht durch die Stimmen der Wähler am ersten Novemberdienstag bestimmt. Sie besteht aus dem ständigen Staatsapparat, der den Interessen der herrschenden Elite dient, egal, wer im Weißen Haus sitzt, und egal, welche der beiden großen Wirtschaftsparteien die Regierung stellt.

Kein Wort der Demokraten zur Bedrohung durch religiöse Rechte

Von Bill Van Auken

6. September 2008, aus dem Englischen (4. September 2006)

(<http://www.wsws.org/de/2008/sep2008/pali-s06.shtml>)

[In English <http://www.wsws.org/articles/2008/sep2008/pali-s04.shtml>]

Mittwoch war der dritte Tag des Parteitags der Republikaner. Im Mittelpunkt stand die Rede der Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin, Gouverneurin von Alaska. ...

Im Rahmen des politischen Vakuums, das beide große Parteien zu verantworten haben, konzentrierten sich die Medien intensiv auf das Privatleben der Kandidatin und besonders auf die Schwangerschaft ihrer 17-jährigen Tochter. Dieser Umstand war nur wenige Tage nach Palins Nominierung als Vizepräsidentschaftskandidatin der Republikanischen Partei bekannt geworden.

Dass ein Medienrummel um dieses sehr private Ereignis im Leben eines heranwachsenden Mädchens und ihrer Familie entstanden ist, spricht Bände über den ungesunden Zustand der amerikanischen Politik und der Medien. Dennoch waren die Republikaner insgeheim froh über diese Kontroverse, weil sie die Öffentlichkeit von weit wichtigeren inhaltlichen politischen Fragen ablenkte und ihnen ermöglichte, in ihrer rechten populistischen Demagogie gegen die üblichen Sündenböcke zu wüten - gegen die "liberalen" Medien und die Washingtoner "Eliten".

Dass Palin ihre Tochter mit der Annahme der Nominierung selbst ins Rampenlicht gezerrt hat und dass sie selbst Protagonistin der Antiaufklärungs-, Antiverhütungs- und Antiabtreibungspolitik der extremen Rechten ist, die sich einen Dreck um das Wohlergehen zahlloser junger Mädchen und Frauen schert, wird beiseite gewischt.

Die Medien und die Demokraten sind um die wichtigsten politischen Fragen, die mit der Nominierung Palins verbunden sind, wie um den heißen Brei herumgeschlichen: nämlich um die Tatsache, dass eine der beiden großen Parteien Amerikas praktisch von Kräften kontrolliert wird, die man am besten als theokratische Faschisten beschreiben kann. Diese verstehen Palins Nominierung als Mittel, um dem ganzen Land ihre Ideologie aufzuzwingen.

Während es eine Flut von Berichten über die Schwangerschaft von Palins 17-jähriger Tochter Bristol gab, widmeten die Mainstream-Medien den politisch-religiösen Verbindungen der Gouverneurin fast keine Aufmerksamkeit.

Seit ihrer Nominierung als Vizepräsidentenskandidatin der Republikanischen Partei wurde bereits bekannt, dass Palin und ihr Ehemann früher Anhänger der Alaskan Independence Party (AIP, Alaska-Unabhängigkeitspartei) waren, einer Gruppierung am äußersten rechten Rand, die für eine Loslösung von den Vereinigten Staaten und die Auflösung der Bundesregierung eintrat.

Vertreter der Republikaner versuchen, diesen Berichten unter Berufung auf die Wahlregister entgegenzutreten, nach denen Sarah Palin seit 1982 registrierte Republikanerin ist. Aber die gleichen Unterlagen belegen, dass ihr Ehemann Todd tatsächlich Mitglied der AIP war. Führende Mitglieder der Partei berichteten, das Paar habe 1994 an ihrem Parteitag teilgenommen und ihr Programm unterstützt. Sarah Palin hat auch an dem AIP-Parteitag im Jahre 2000 teilgenommen, wofür die Republikaner die wenig überzeugende Ausrede vorbringen, das sei eine rein formeller Termin gewesen, den sie als Bürgermeisterin von Wasilla, einem Vorort von Anchorage, wahrgenommen habe

Sie haben noch keine Erklärung für die Videobotschaft gefunden, die Palin dem AIP-Parteitag im letzten Jahr schickte. Der stellvertretende AIP-Parteivorsitzenden George Clark hatte sie mit den Worten angekündigt, Palin sei "AIP-Mitglied gewesen, bevor sie Bürgermeisterin einer kleinen Stadt wurde."

Wenn die Massenmedien diese politischen Zusammenhänge überhaupt behandeln, dann konzentrieren sie sich hauptsächlich auf das Parteimotto "Alaska First", das in Widerspruch zu McCains Wahlkampfeslogan "Country First" steht. Viel bedeutsamer ist aber die Tatsache, dass die AIP in Alaska ein Ableger der Constitution Party ist, einer ultrarechten Partei, die sich aus der Milizbewegung, extremistischen Steuergegnern und der christlich-fundamentalistischen Rechten entwickelt hat.

Die Constitution Party vertritt ein Programm, das korrekt als theokratischer Faschismus charakterisiert werden kann. Es verpflichtet die Partei, "das Rechtssystem Amerikas wieder auf seine ursprünglich biblischen Gesetzesgrundlagen zu stellen". Dieses Programm wird gewöhnlich mit einer Bewegung in Verbindung gebracht, die sich selbst als "Dominionismus" bezeichnet. Sie verlangt, die Unterordnung jeder Regierung und Institution unter den christlichen Fundamentalismus, nicht nur in den USA, sondern weltweit. Alle anderen Religionen sollen verboten und der Atheismus unterdrückt werden.

Die Anhänger dieses biblischen Staates sind nicht nur für die Verhängung schwerer Strafen bis hin zur Todesstrafe gegen Homosexuelle, Abtreibungsärzte und Ehebrecher, sondern vertreten auch eine sozialpolitische Agenda, die hervorragend mit den Zielen der reaktionärsten Teile der Wirtschaft zusammenpasst. Sie fordern die Abschaffung praktisch jeder Sozialreform der letzten hundert Jahre, darunter des Mindestlohns, der Sozialversicherung, von Umwelt- und Gesundheitsschutz, öffentlicher Bildung und buchstäblich jeder Art staatlicher Unterstützung.

Es besteht kein Zweifel daran, dass Palin diesen Kräften sehr nahe steht. In den letzten Wochen kam ans Licht, dass sie für das Bürgermeisteramt von Wasilla, einem Ort mit kaum 5.000 Einwohnern, auf der Grundlage eines rechten christlichen Programm kandidierte, das sich gegen Abtreibung und für das Recht auf Waffen einsetzte. In ihrer Wahlkampfliteratur versprach sie, die "erste christliche Bürgermeisterin" der Stadt zu sein.

Nach ihrer Wahl versuchte Palin den Bibliothekar der Stadt zu feuern, weil er sich weigerte, bestimmte Bücher aus der Bücherei zu verbannen. Widerstand von Einwohnern zwang sie, von ihrem Ansinnen Abstand zu nehmen.

Es existieren Videoaufzeichnungen von einer Ansprache Palins in ihrer Kirche, die sie gerade einmal drei Monate vor ihrer Berufung zur Vizepräsidentenskandidatin der Republikaner gehalten hat. Dort preist sie die amerikanische Intervention im Irak als heiligen Krieg.

Palin erklärte der Gemeinde in der Kirche von Wasilla Assembly of God im Juni: "Betet für unsere Soldaten und Soldatinnen, die versuchen das Richtige zu tun. Betet für dieses Land, dass unsere Führer, unsere nationalen Führer amerikanische Truppen ausschicken, um das Werk Gottes zu tun. Wir müssen dafür beten, dass es einen Plan gibt, und dass dieser Plan Gottes Plan ist."

Dann erklärte sie, dass auch ihr Plan einer Erdgaspipeline aus Alaska Teil von "Gottes Plan" sei.

Der Pastor ihrer Kirche, Ed Kalnins, warnte seine Schäfchen schon 2004, dass in der Hölle schmoren werde, wer den Demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry wähle. Er beschimpfte auch die Kritiker der kriminellen Gleichgültigkeit der Bush-Regierung angesichts von Hurrikan Katrina: "Ich hasse Kritik am Präsidenten, weil das wie Kritik am Pastor ist - das nützt gar nichts, außer dass es einen in die Hölle bringt."

Kalnins ist auch ein Glaubensanhänger der "Letzten Tage" und damit zugehörig zu einer Gruppe unter den christlichen Fundamentalisten, die in Kürze die Apokalypse erwarten. Er mahnte seine Gemeinde, sich auf eine Masseneinwanderung nach Alaska einzurichten, das nach seiner Erwartung einer der letzten "Zufluchtsorte" für die Flüchtlinge vor der Zerstörung sein werde.

In einer Predigt verkündete Kalnins: "Wir müssen wie Jesus denken. Wir befinden uns in einer Zeit und in Umständen von Krieg und wir müssen so denken. Wir müssen diesen Instinkt entwickeln. Wir müssen als Gläubige den Instinkt entwickeln, dass wir im Krieg sind und dass der Krieg euren Glauben auf die Probe stellt.... Jesus fordert von uns, bereit zu sein zum Sterben. Ihr fürchtet, verwundet zu werden? Er hat euer Leben gefordert."

Diese Auffassung ist die einer wachsenden Fraktion der Pfingstkirche, die als "Joel's Army" bekannt ist. Sie richtet sich vor allem an Jugendliche um die zwanzig, die als die letzte Generation vor dem Armageddon gesehen wird und die als Gottesarmee organisiert werden müsse. In einigen Fällen geht die militärische Terminologie so weit, dass sie von Predigern als "Kommandeuren" spricht. Damit wird die Mission deutlich gemacht, das Christliche Reich gewaltsam einzuführen. ...

In der Republikanischen Partei hat offensichtlich keine dieser Enthüllungen zu einer erkennbaren Reaktion geführt und die große Unterstützung für Palins Nominierung unter den Delegierten auf dem Parteitag in Minneapolis in irgendeiner Weise beeinträchtigt. Der Grund ist, dass die Delegierten zu einem großen Teil aus der Ecke der christlichen Rechten kommen und sie als eine der Ihren sehen.

Diese Schicht hat auch zu großen Teilen das Wahlprogramm der Republikaner diktiert. So fordert es in der Einwanderungspolitik Massenabschiebungen, den Bau einer Mauer zwischen den USA und Mexiko und die Festschreibung von Englisch als einziger Amtssprache. Auf die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für die in den USA geborenen Kinder

von Einwanderern wird gerade noch verzichtet. Jetzt sind sie voller Vorfreude darüber, dass eine rechte christliche Fundamentalistin bereit steht, das Amt in unmittelbarster Nähe des "Oberkommandierenden" zu übernehmen.

Aber was noch wichtiger ist: Weder Obama noch die Führung der Demokratischen Partei wagen es, diese Verbindungen der Kandidatin zu einer politischen Frage zu machen. ...

Zig Millionen Arbeiter haben die Nase voll davon, von rechten Politikern mit christlichem Fundamentalismus überschüttet zu werden. Dieser dient nur dazu, soziale Ungleichheit, Angriffskriege, Steuersenkungen für die Reichen und alle anderen Forderungen von Seiten der Finanzelite zu rechtfertigen.

Aber die Demokraten werden sich nicht auf diese Stimmung stützen und die christliche Rechte in die Schranken weisen. Stattdessen versuchen sie, Stimmen zu ergattern, indem sie sich an sie anpassen. Das ist der wirkliche Grund, warum Palin nur mit Samthandschuhen angefasst wird. ...

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern